



## Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 1. November 2024

### **Vorschau auf die Kantonsratsitzung vom Montag, 4. November 2024**

Fokusthema: **Finanzen**

*Der Zürcher Kantonsrat wird am Montag nach einer Fristerstreckung die Schlussabstimmung zu einer Änderung des Steuergesetzes durchführen. Anschliessend stehen die Behandlung einer PI zur ZKB, ein Beitrag für Naturbildungs-Leistungen und drei Vorstösse, welche die Finanzdirektion betreffen, auf der Traktandenliste. Bis zum Sitzungsende wird der Rat voraussichtlich noch ein paar PI behandeln.*

#### **Schlussabstimmung zur Senkung des Gewinnsteuersatzes für Unternehmen**

Keine lange Diskussion ist in der zweiten Lesung zu einer Änderung des Steuergesetzes zu erwarten. In der sogenannten Redaktionslesung einer Vorlage geht es gewöhnlich nur noch um formelle, meistens unumstrittene Präzisierungen der Redaktionskommission (REDKO). Nachdem der Kanton Zürich in einem ersten Schritt die Vorgaben des Bundesgesetzes über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) Anfang 2020 in sein kantonales Recht umgesetzt hatte, beriet der Kantonsrat in erster Lesung über die Umsetzung des zweiten Schritts der Steuervorlage ([5939](#)). Der Rat befürwortete dabei die vom Regierungsrat beantragte Senkung des Gewinnsteuersatzes für Unternehmen von heute 7 Prozent auf neu 6 Prozent des steuerbaren Gewinns. Verzichten will der Rat indes auf die Erhöhung der Dividendenteilbesteuerung von heute 50 Prozent auf neu 60 Prozent.

REDKO-Präsidentin: Christa Stünzi (GLP, Horgen), 079 771 76 63

#### **PI zur Gewinnausschüttung bei der ZKB soll abgelehnt werden**

Mit einer parlamentarischen Initiative (PI) verlangte GLP-Altkantonsrat Michael Zeugin, dass der Kantonsrat als Vertreter der Eigentümerschaft der ZKB künftig über die Dividendenausschüttung mitentscheiden soll. Damit sollte eine verbesserte Corporate Governance bei der Gewinnausschüttung erreicht werden. Die Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen (AWU) beantragt dem Kantonsrat jedoch mit 10 zu 1 Stimmen, die PI «Verbesserte Corporate Governance bei der Gewinnausschüttung der ZKB» abzulehnen ([KR-Nr. 96/2022](#)). Nachdem sich die angehörten Kreise grossmehrheitlich ablehnend geäussert hatten, kam die Kommission zum Schluss, dass die PI mehr Unsicherheiten als Mehrwert nach sich ziehen würde. Die Kommissionminderheit (GLP) ist der Ansicht, dass nur die Trennung der beiden Anträge es ermöglicht, unabhängig von der Genehmigung der Jahresrechnung zu differenzieren, ob man mit der Gewinnverwendung einverstanden ist. Sie beantragt daher, der PI zuzustimmen und diese zur Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs an die AWU zurückzuweisen.

AWU-Vizepräsident: André Bender (SVP, Oberengstringen), 079 403 68 49

Minderheit: Stefanie Huber (GLP, Dübendorf), 079 835 90 46

#### **Beitrag für Naturzentren Voliere Zürich und Zürichsee soll genehmigt werden**

Kaum Opposition geben dürfte es zu einem Beitrag von höchstens 1,575 Millionen Franken aus dem Gemeinnützigen Fonds an das Amt für Landschaft und Natur (ALN) für Leistungen im Bereich Naturbildung für die beiden neuen Naturzentren Voliere Zürich und Zürichsee in den Jahren 2024 bis 2028. Die Finanzkommission (FIKO) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, den Beitrag zu genehmigen ([5955](#)). Die zusätzlichen Leistungen wurden anlässlich der Beratung der Vorlage 5877 im Kantonsrat gewünscht. Mit der geplanten Unterstützung kann die Naturbildung im Kanton Zürich

durch neue geografische Gebiete und neue inhaltliche Schwerpunkte zusätzlich gestärkt werden. Die Kenntnisse und Erfahrungen, die in den Naturzentren einer breiten Bevölkerung anschaulich vermittelt werden können, sind für einen nachhaltigen Umgang mit der Natur im immer dichter besiedelten Raum von grosser Bedeutung.

FIKO-Präsident: Karl Heinz Meyer (SVP, Neerach), 079 700 22 21

### **Vorstösse zur «warmen Progression», E-Mobilität und zu Steuerfüssen auf Gemeindeebene**

Gleich drei Vorstösse, welche die Finanzdirektion betreffen, stammen aus der Feder von FDP-Kantonsrat Mario Senn. Dieser will den Regierungsrat beauftragen, dem Kantonsrat eine Vorlage zu unterbreiten, mit welcher der regelmässige Ausgleich der realen Progression, der sogenannten «warmen Progression», gesetzlich verankert wird ([KR-Nr. 412/2023](#)). Zudem sollen die steuerrechtlichen Vorgaben zur Nutzung von Geschäftsfahrzeugen überprüft und gegebenenfalls angepasst werden, damit Mitarbeitende mit elektrisch betriebenen Geschäftsfahrzeugen steuerlich nicht benachteiligt werden ([KR-Nr. 144/2024](#)). Und schliesslich sollen die Gemeinden die Möglichkeit erhalten, unterschiedliche Steuerfüsse für natürliche und juristische Personen festzusetzen ([KR-Nr. 207/2024](#)). Der Regierungsrat beantragt, die drei Vorstösse abzulehnen.

Mario Senn (FDP, Adliswil), 079 796 12 04

### **PI zu Mietrecht, Stimmrechtsrekursen, Schulpflege, Asylsuchenden**

Sollte vor Sitzungsende noch Zeit verbleiben, wird sich der Rat mit ein paar parlamentarischen Initiativen (PI) beschäftigen. Dabei geht es vorerst darum, zu ermitteln, ob eine Initiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern vorläufig unterstützt wird. Ist dies der Fall, wird sie einer Kommission zur weiteren Beratung überwiesen. Auf Antrag der Kommission entscheidet der Kantonsrat dann definitiv über Annahme oder Ablehnung der Initiative. FDP-Kantonsrat Mario Senn möchte, unterstützt von der GLP, dass in Gemeinden mit einer Leitung Bildung die Gemeindeordnung die Aufgaben der Schulpflege dem Gemeindevorstand oder einer Kommission übertragen kann ([KR-Nr. 306/2024](#)). Und SVP-Kantonsrat Stefan Schmid fordert mit Unterstützung der FDP, der Regierungsrat müsse für Gemeinden eine verbindliche Aufnahmequote von Asylsuchenden pro Einwohner erlassen und diese dürfe die Obergrenze von 1 Prozent nicht überschreiten ([KR-Nr. 330/2024](#)).

Mario Senn (FDP, Adliswil), 079 796 12 04

Stefan Schmid (SVP, Niederglatt), 079 541 53 76

### **Schriftliche Verfahren:**

Diskussionslos behandelt, weil unumstritten, wird am Montag gleich zu Beginn der Sitzung:  
- die Fristerstreckung zum Postulat betreffend Anpassung der Wohnbauförderungsverordnung zur Stärkung des gemeinnützigen Wohnungsbaus im Kanton Zürich ([KR-Nr. 424/2021](#)).

*Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.*

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:

Jürg Sulser, Kantonsratspräsident, 079 416 17 00

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12